



Pressemitteilung zum
56. Symposium der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie (DGE),
13. - 16. März 2013, Düsseldorf

Aktuelle Daten zwei Jahre nach Fukushima:

Krebsrisiko nach WHO-Bericht nur gering erhöht

Düsseldorf, März 2013 – Zwei Jahre nach der Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima lassen aktuelle Analysen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und aus Japan den Schluss zu, dass für die Bevölkerung das durch Strahlen hervorgerufene Krebsrisiko sich allenfalls gering erhöht. Dies führt Professor Reiners, Strahlenunfallexperte aus Würzburg, anlässlich des politischen Forums am 16. März 2013 zum Ausklang der 56. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie (DGE) in Düsseldorf aus. Infolge des Tsunamis und des Erdbebens in Japan im März 2011 starben etwa 16 000 Einwohner, 380 000 mussten ihre Wohnungen verlassen. Die anschließende Reaktorkatastrophe im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi setzte mehrfach Radioaktivität frei. Menschen wurden evakuiert, Strahlen-schutzmaßnahmen für die Bevölkerung veranlasst. Auch bei den am höchsten belasteten Arbeitern der Anlage konnte verhindert werden, dass es zum akuten Strahlensyndrom kam, das häufig zum Tode führt.

Schwerwiegende Reaktorunfälle gehen mit Freisetzungen von Radioaktivität und Kontaminierungen der Umwelt und damit Strahlenrisiken für die Bevölkerung einher. Anders als bei der Reaktorkatastrophe 1986 im ukrainischen Tschernobyl griffen die japanischen Behörden schnell ein, um die Bevölkerung in der Krisenregion zu schützen: Menschen in der Drei-Kilometer-Zone wurden umgehend evakuiert, dann ein Bereich bis 20 Kilometer. Bewohner waren aufgefordert in den Häusern zu bleiben; Wasser und Nahrungsmittel wurden auf

Pressestelle

Professor Dr. med. Dr. h.c. Helmut Schatz
(Mediensprecher)
Anna Julia Voormann
Dagmar Arnold
Postfach 30 11 20
D-70451 Stuttgart
Telefon: 0711/ 89 31-380
Telefax: 0711/ 89 31-167
arnold@medizinkommunikation.org
www.endokrinologie.net

Radioaktivität geprüft. Professor Dr. med. Christoph Reiners, Nuklearmediziner und Ärztlicher Direktor des Universitätsklinikums Würzburg, erläutert: „In Tschernobyl fanden diese Maßnahmen, wenn überhaupt, viel zu spät statt. Allein 31 Arbeiter der Anlage starben innerhalb der ersten Monate an einem akuten Strahlensyndrom. Der Hauptunterschied zwischen beiden Reaktorkatastrophen besteht jedoch im Ausmaß der radioaktiven Belastung.“ Die in Fukushima freigesetzte Radioaktivität habe etwa ein Zehntel der in Tschernobyl ausgetretenen Menge betragen.

Die WHO veröffentlichte im Februar 2013 Kollektiv-Schätzungen der strahlenbedingten Gesundheitsrisiken für die betroffene Bevölkerung. Danach werde sich für Bewohner der am stärksten der Radioaktivität ausgesetzten Gebiete das Lebenszeitrisiko für Krebserkrankungen aller Art von 29 Prozent auf 30 Prozent erhöhen. Besonders wichtig sei dabei die Frage möglicher Schilddrüsenkrebserkrankungen bei Kindern, so der DGE-Experte Reiners. Nach WHO-Einschätzung erhöht sich diesbezüglich das spontane Lebenszeitrisiko von 0,75 auf 1,25 Prozent für die ehemaligen Bewohner der Krisenregion.

Die WHO-Schätzungen seien als eher konservativ einzustufen, das heißt eher im Sinne einer Risikoüberschätzung, fasst er das Fazit der in Fukushima auf einem Kongress am 23. bis 25.2.2013 geführten Diskussion zusammen: „Auf Grundlage zusätzlicher, aktuell vorliegender individueller Daten aus Japan zur tatsächlich gemessenen Strahlenbelastung ist das Risiko für strahleninduzierte Krebserkrankungen niedriger anzusetzen als von der WHO geschätzt.“ Jedoch bedürfe es jahrelanger Nachbeobachtungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Durch die Natur- und die Reaktorkatastrophe habe sich aber der gesundheitliche Zustand eines nicht unerheblichen Teils der evakuierten Bevölkerung ver-

schlechtert. Psychische Erkrankungen, Adipositas und Stoffwechselerkrankungen sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Infektionen häufen sich. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um Strahlenschäden, sondern Folgen der durch die Evakuierung veränderten Lebensbedingungen.

Quelle:

**Bericht von Professor Dr. med. Christoph Reiners, Pressemappe der DGE-
Pressekonferenz vom 13. März 2013.**

<http://www.dge2013.de/download/pressemappe.pdf>

Terminhinweis:

Politisches Forum – eine Publikumsveranstaltung

Moderation: Petra Albrecht (WDR) und Dr. med. Bernhard J. Lammers,
Düsseldorf/Neuss

Gäste auf dem Podium: Umweltminister Johannes Remmel, Düsseldorf,
Christoph Reiners, Würzburg, Ellen Ritschel, Düsseldorf, Petra Schumm-
Dräger, München und Peter E. Goretzki, Chefarzt der Chirurgischen Klinik I,
Lukaskrankenhaus Neuss

Termin: Samstag, 16. März 2013, 10:30 bis 12:30

Ort: CCD Congress Center Düsseldorf, Eingang Süd, Raum 2

Anschrift: Stockumer Kirchstr. 61, 40474 Düsseldorf